

## Ein Hauch von Ukraine

Aus russischen Fachzeitschriften und Zeitungen des zweiten Halbjahres 2004

Falk Bomsdorf\*

Die Ereignisse in Rußland im Jahr 2004 spiegeln sich in zahlreichen Artikeln wieder. Und auch die Entwicklungen, die erst gegen Ende des Jahres kulminiert sind, haben in den Zeitschriften und Zeitungen ihre Schatten vorausgeworfen. Dabei lassen die vielen Beiträge, ganz gleich, ob sie Elogen auf das System Putin oder Kritik an ihm enthalten, erkennen, daß die vielberufene Stabilität des Putinschen Rußland allenfalls eine stabile Instabilität ist.

Eine der wenigen autoritativen Darstellungen des Systems Putin unternimmt **Vjačeslav Nikonov**, Präsident der Stiftung »Politik« und gleichzeitig Vorsitzender der Parteistiftung der Staatspartei »Edinaja Rossija« (Einheitliches Rußland), in der offiziellen *Rossijskaja gazeta* vom 22. Dezember 2004. Sein Artikel ist als Loblied gehalten und soll offenbar die aufgekommene Zweifel an der Kohärenz der Putinschen Strategie zerstreuen. Während im Westen niemand mehr danach frage, wer Herr Putin sei, stelle sich der russische Präsident, so Nikonov, im eigenen Land für viele immer noch als Rätsel dar. Dies komme in dem weitverbreiteten Witz zum Ausdruck, wonach Putin endgültig das koreanische Modell für die weitere Entwicklung Rußlands als maßgeblich bestimmt habe; nur habe er noch nicht entschieden, ob er dem südkoreanischen oder dem nordkoreanischen nacheifern wolle. Für Nikonov gibt es keinen Zweifel: Im Gegensatz zu anderen,

die Putin entweder jedes strategische Denken und Handeln absprechen oder ihm zwar eine klare Strategie zubilligen, die allerdings auf eine Rückkehr in alte sowjetische Zeiten ziele, erkennt er bei Putin eine in sich logische politische Linie, die auf die Lösung der wichtigsten Probleme der russischen Gesellschaft gerichtet ist.

Putins strategisches Ziel laut Nikonov: Schaffung einer modernen Großmacht, die wirtschaftlich stark, emotional gefestigt, sozial entwickelt und politisch einflußreich ist. Wesentlich sei dabei der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Zu diesem Zweck habe der Präsident zahlreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen ins Werk gesetzt. Gleichzeitig wolle Putin die Kontrolle über bestimmte strategische Sektoren der russischen Wirtschaft, vor allem über den Energiekomplex, dem Staat vorbehalten. Eine umfassende Nationalisierung sei nicht geplant, doch werde der Anteil des Staates sich auch nicht verringern,

Der Autor, ehemaliger Mitarbeiter der SWP, ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung

wie der Fall Yukos zeige. Im übrigen seien die Oligarchen, gegen die die Gerichte vorgehen, seinerzeit vom Staat gleichsam ernannt worden; dementsprechend könnten sie auch wieder entlassen werden, wenn sie Putins Gebote mißachteten, nämlich Steuern zu zahlen und sich aus der Politik herauszuhalten. Putin führe darüber hinaus einen Kampf gegen die Armut mit dem Ziel, bis zum Ende seiner Amtszeit den Prozentsatz derjenigen, die unter dem Existenzminimum leben, auf 10 Prozent zu verringern. Im übrigen betreibe der Präsident eine neue Sozialpolitik unter der Vorgabe, daß Hilfe nur denen geleistet werden solle, die sie wirklich benötigten, und Vergünstigungen in Zukunft nur noch in Geld ausgezahlt würden, man sie also nicht mehr in natura in Anspruch nehmen könne.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Putinschen Strategie sei es, so Nikonov, die Regierbarkeit des Landes wiederherzustellen. Zu diesem Zweck stütze er sich auf die Institutionen, die unter Boris Jelzin an Autonomie verloren hätten. In beiden Kammern des Parlaments sei es gelungen, eine funktionierende Mehrheit für den Präsidenten zu schaffen, die in der Lage sei, Reformgesetze zu verabschieden. Auf diese Weise sei nun das Recht auf Grundeigentum in Rußland verankert und das weltweit liberalste Steuersystem mit einer »flat rate« von 13 Prozent eingeführt worden. Die Verwaltungsreform schließlich sei die umfassendste Neuerung der Regierung seit den Zeiten des russischen Premierministers Sergej Witte. Was die Rechtsprechung angehe, so unterstreiche der Präsident immer wieder die Unabdingbarkeit einer tatsächlichen Umwandlung der Judikative in einen vollwertigen und selbständigen Zweig der staatlichen Macht. Als Voraussetzung dafür sehe Putin insbesondere eine Erhöhung der Gehälter für Richter an, die sie immun gegenüber administrativem Druck und finanziellen Verlockungen machen solle.

Den Reformen Putins auf dem Gebiet der föderalen Beziehungen liege das Bestreben des Präsidenten zugrunde, einen Zerfall des Staates zu verhindern. Die letzte Etappe

dieser Reformen – der Übergang von der Direktwahl der Gouverneure zu ihrer Wahl durch die Gesetzgebenden Versammlungen der Föderationssubjekte auf Vorschlag des Präsidenten – beruhe auf sieben Erwägungen. Erstens sei ein beträchtlicher Teil der Mitglieder des Gouverneurskorps inkompetent und unfähig; manche Gouverneure seien sogar Alkoholiker und unmittelbar mit kriminellen Klans verbunden.\* Zweitens machten Wahlen in der Regel die Situation in den Regionen mit komplexer nationaler Zusammensetzung noch schwieriger, als sie ohnehin schon ist. Drittens sei seit 1996 kein einziger reformorientierter oder liberal eingestellter Gouverneur gewählt worden. Putin sei sehr viel mehr an Reformen interessiert, als 95 Prozent der Gouverneure und 90 Prozent der Bevölkerung. Viertens verträten zu viele regionale Führer unmittelbar die Interessen bestimmter Finanzgruppen und investierten weniger in ihre Regionen als in ganz andere Gegenden, und zwar zum Nutzen der entsprechenden Firmen. Fünftens hätten an einer Reihe von Orten die Familienklans der Gouverneure oder Präsidenten versucht, sich der gesamten Wirtschaft zu bemächtigen. Sechstens habe die unzureichende Qualität des Gouverneurskorps das Zentrum gezwungen, ein eigenes paralleles System der Exekutive zu schaffen, was – dies zeigt in der Tat Beslan – unmittelbare Bedeutung für den Kampf gegen den Terrorismus habe. Siebtens schließlich seien die internationalen Erfahrungen mit der Direktwahl nicht überzeugend: Es gebe nur drei Staaten mit föderalem System, in denen die Gouverneure von der Bevölkerung gewählt würden; darunter sei allein das Beispiel der USA als erfolgreich anzusehen, während die Praxis der beiden anderen Staaten – Mexiko und Brasilien – nicht gerade ermutigend sei.

Was die Umsetzung des Volkswillens betreffe, so sei Putin zutiefst überzeugt, daß

\* Dann fragt sich allerdings, warum Präsident Putin bereits eine beträchtliche Anzahl bisheriger Gouverneure den jeweiligen Regionalparlamenten als Kandidaten für das Gouverneursamt vorgeschlagen hat und offenbar weitere vorzuschlagen gedenkt.

Rußland vollwertige, starke politische Parteien brauche. Um diesen Prozeß zu unterstützen, sollten die Wahlen zur Duma in Zukunft nur noch nach Parteilisten, also nach dem Verhältniswahlrecht, stattfinden. Offensichtlich sehe der Präsident kein Problem in der Existenz einer großen, dominierenden Partei; denn diese erlaube es, den Kern der für Putin eingestellten Wähler und die Verwaltungseliten zu konsolidieren und Reformen mit klarem Kurs durchzuführen. Putin sei wahrscheinlich auch nicht gegen die Umwandlung der kommunistischen Partei in eine moderne sozialdemokratische Partei. Doch verhindere das die Führung der KP selber. Der Präsident habe auch gar nichts gegen die Liberalen und habe ihnen bei den Dumawahlen auch keinerlei Schwierigkeiten gemacht. Die SPS, Jabloko und ihnen verwandte Parteien seien nicht fähig, sich zu vereinigen, und damit selbst verantwortlich für ihre schlechte Lage. In Rußland gebe es schlicht zu wenig liberal eingestellte Wähler, als daß mehr als eine seriöse liberale Partei existieren könne. Wenn die Liberalen das verstünden, hätten sie zweifellos eine Zukunft.

## Putins Außenpolitik

Zur Außenpolitik macht Nikonov Ausführungen, die es verdienen, wörtlich wiedergegeben zu werden:

»Von Anfang an hat Putin eine unabhängige, außerordentlich aktive und auf mehrere Zielpunkte ausgelegte Politik eines pragmatischen »Vaters der Nation« verfolgt und sich dabei um die Größe dieser Nation gesorgt. Weil er die wesentliche Bedrohung für die Sicherheit des Landes in dessen ökonomischer Schwäche sieht, betrachtet er die Außenpolitik vor allem als ein Instrument für die Schaffung günstiger Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die Verbesserung des Investitionsklimas und die Förderung der Interessen russischer Firmen im Ausland. Getreu seinem dezidierten Pragmatismus konzentriert er sich auf solche außenpolitischen

Aufgaben, die das Land auch schultern kann. Der Präsident ist ohne Zweifel ein Integrationist, das heißt, er steht für die Mitwirkung Rußlands in jenen internationalen Organisationen, denen es schon angehört (UN, G-8), und für den Eintritt in solche, die uns aufnehmen wollen (WTO, OECD). Rußland bewahrt sich so Handlungsfreiheit für Kontakte in alle Richtungen.

Auf der Prioritätenliste nahmen und nehmen die Staaten der GUS einen Ehrenplatz ein. Dabei hat sich in letzter Zeit gezeigt, daß der Einheitliche Wirtschaftsraum zwischen Rußland, der Ukraine, Belarus und Kasachstan den Rang eines Lieblingskinds genießt, was sich jedoch sehr ernsthaft ändern kann, wenn in Kiev Juščenko an die Macht kommt, der ein eindeutiger Gegner des Einheitlichen Wirtschaftsraums ist.

In den Beziehungen zu den Ländern des Westens haben sich natürliche Begrenzungen gezeigt; die wesentlichste besteht in der prinzipiellen Unmöglichkeit eines russischen Beitritts zu den grundlegenden europäischen und transatlantischen Strukturen – Europäische Union und NATO. Niemand wartet dort auf Rußland. Und wahrscheinlich sollten wir auch gar nicht dorthin gehen. Darüber hinaus ist ein wesentlicher Stein des Anstoßes aufgetaucht, und zwar in Gestalt der vom Westen in den Vordergrund gerückten Menschenrechte und der »Wertelücke« im Verhältnis zu Rußland. Putin ist nicht der Meinung, daß er irgendwelche Probleme mit der demokratischen Gesellschaft hat und weist die Kritik der Menschenrechtler zurück. Die Entwicklung der Demokratie in Rußland wird indessen auf gewisse Zeit vielen westlichen Vorstellungen von diesem Prozeß nicht entsprechen.

Der jüngste Streitfall ist die Ukraine. Das, was dort vor sich ging und noch vor sich geht, hat Moskau nicht nur als einen verfassungswidrigen Putsch aufgefaßt, sondern als großangelegte geopolitische Spezialoperation zur revolutionären Ablösung des Regimes in einem Land der GUS, das ein Verbündeter Rußlands ist. Damit

steht den Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen die wohl ernsthafteste Krise der letzten Jahre bevor.

Rußland wird ein selbständiges Kraftzentrum bleiben, einer der wenigen Akteure auf dem Planeten, der seine Souveränität und seine eigene Sicht der globalen Entwicklung bewahren wird.«

Ein eigener Absatz ist Tschetschenien gewidmet. Laut Nikonov besteht die Strategie des Präsidenten darin, auf der einen Seite die Terroristen auszuschalten und auf der anderen den Wirkungsbereich der legitimen weltlichen Macht auszuweiten. Gleichzeitig müßten die zerstörten Wohnhäuser wiederaufgebaut und Arbeitsplätze geschaffen werden. Zwar zeigten die Ereignisse in Inguschetien und Beslan, wie weit man von einer Beendigung der Antiterroroperation und von einem wirklichen Frieden entfernt sei; doch gebe es unübersehbare Fortschritte. So verzeichneten die Menschenrechtler zehnmal weniger Verletzungen der Rechte der Bürger in Tschetschenien. Das Leben dort werde also ruhiger. Die Operation in Tschetschenien werde bis zum siegreichen Ende weitergeführt, was auch immer der Westen dagegen einwende.

### **Weder links noch liberal**

Wie könnte man die Strategie Putins ideologisch einordnen? Dieser Frage wendet sich der Autor am Ende des Artikels zu. Die Politik des Präsidenten sei nicht liberal und nicht links. Sie beruhe auf Prinzipien und Überzeugungen wie freier Markt, starker Staat, unabhängige aktive Außenpolitik, Tradition und Patriotismus, die Politiker der Rechten, also Konservative, kennzeichneten. Unter diesen gebe es viele würdige Vertreter, von Churchill, de Gaulle und Adenauer bis zu Reagan, Thatcher und Chirac. In diese Reihe wird nun Putin gestellt. Wie jene Politiker beschuldige man auch ihn oft einer antidemokratischen Einstellung und autoritärer Tendenzen.

Doch Autoritarismus, so die letzten Sätze Nikonovs, drohe Rußland nicht. In seiner

klassischen Form sei Autoritarismus ein rigides, rechtliches oder quasi-rechtliches Regime mit einer klaren Subordinationsstruktur. Bildhaft gesprochen: In einem solchen System stehe ein Mensch im Zentrum und drücke auf einen Knopf, worauf im gesamten Land Lämpchen aufleuchteten und alle sich beeilten, die Anordnungen zu erfüllen, die aus dem Zentrum kommen. Doch so sei das in Rußland nicht. Die Lämpchen seien schon lange durchgebrannt. Im übrigen werde Autoritarismus in Rußland durch einen Zustand der Gesellschaft verhindert, den man landläufig mit dem Wort »bardak« (Bordell) belege. Das gegenwärtige russische Regime könne man als eine nicht konsolidierte Demokratie beschreiben, der Elemente eines kontinuierlichen Chaos anhafteten. Die Demokratie trete eben auch in Rußland wie überall nicht sogleich in ihren entwickelten Formen auf. »Wir verlangen zuviel auf einmal von unserer dreizehnjährigen Demokratie«, schließt Nikonov, »zumal wenn wir unsere Erfahrung der letzten tausend Jahre einbeziehen.« Nikonovs Fazit: Das Wesen der Putinschen Strategie sei nicht Autoritarismus und nicht Anarchie, sondern eine funktionierende und effektive Demokratie bei unveränderter Fortgeltung der russischen Konstitution.

Wer mag, kann dieses rosige Bild der Putinschen Strategie – das ja auch in Deutschland seine Anhänger hat – kritisch betrachten und Nikonovs Ausführungen mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Rußland vergleichen. Dabei wird man feststellen, daß trotz unzweifelhafter Erfolge der Putinschen Politik ein Durchbruch zu wirklichen Reformen noch nicht erreicht worden ist und zwischen den schönen Worten des Präsidenten und ihrer Umsetzung vielfach Welten liegen. Hier sei nur darauf verwiesen, daß Nikonov und mit ihm der Kreml ganz offensichtlich einen anderen Demokratiebegriff haben, als er in der übrigen Welt, insbesondere in Europa, gilt. Jedenfalls ist in Rußland die Gewaltenteilung aufgehoben – Legislative und Judikative sind letztlich Teil der Exekutive geworden. Und von einer unverändert fortgeltenden

Verfassung kann angesichts der Aufhebung der Meinungsfreiheit bei den Fernsehmedien und der immer neuen Hindernisse für die Wahrnehmung demokratischer Freiheiten – von der Erschwerung von Parteigründungen über die Begrenzung der politischen Konkurrenz bis hin zum neuen Wahlrecht, das Einzelkandidaturen ausschließt – kaum die Rede sein, ganz zu schweigen von der fortschreitenden Rezentralisierung des Staates und dem sich damit nähernden Ende des russischen Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung – beide von der russischen Verfassung garantiert.

Nikonov weiß das alles, doch er überspielt es mit der Bemerkung: »Die Entwicklung der Demokratie in Rußland wird auf gewisse Zeit vielen westlichen Vorstellungen von diesem Prozeß nicht entsprechen.« Der Satz klingt unverfänglich, aber er ist es nicht. Er bringt vielmehr die Gegensätze zum Ausdruck, die zwischen dem Rußland Putins und Europa existieren. Sie sind es, die es so schwierig machen, eine objektive Geschäftsgrundlage für das Verhältnis der beiden Seiten zu finden.

## Gegen westliche Einmischung

Seinem Unmut über den Westen und dessen Verhalten in jüngster Zeit macht in Nr. 6 der Zeitschrift *Rußland in der Weltpolitik* der Außenminister Rußlands **Sergej Lavrov** Luft (»Demokratie, internationale Regierung und die Zukunft der Weltordnung«). Man müsse leider feststellen, daß die Hoffnung etlicher Politiker getrogen habe, die demokratischen Werte, denen doch die Mehrheit der Staaten anhängen, würden zum universalen Prinzip für die Regulierung der internationalen Beziehungen. Beträchtlicher Schaden sei der Sache der universellen demokratischen Prinzipien durch die Versuche zugefügt worden, sich unter der Flagge der »Verteidigung der Demokratie« auf grobe Weise in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einzumischen, politischen Druck auf sie auszuüben und ihnen gegenüber bei der Be-

wertung von Wahlprozessen, des Zustands der bürgerlichen Rechte und Freiheiten Doppelstandards anzuwenden. Diejenigen, die eine solche Praxis pflegten, sollten sich darüber im klaren sein, daß sie die demokratischen Werte nur diskreditierten, weil sie sie auf diese Weise in kleine Münze zur Durchsetzung eigener geostrategischer Interessen verwandelten.

Lavrov wendet sich gegen von ihm beobachtete Versuche des Westens, in postsowjetischen Staaten, also auf dem Gebiet der GUS, Einfluß zu nehmen. Die Versuche, die Staaten der GUS vor die falsche Wahl zu stellen, »entweder mit dem Westen oder mit Rußland« zu gehen, seien gefährlich und verantwortungslos. Vom Wiederaufleben eines geopolitischen Wettstreits um Einflusssphären werde niemand profitieren. Den richtigen Weg zu einer stabilen und demokratischen Weltordnung könne man nur mittels eines Dialogs finden, an dem nicht nur die Regierungen, sondern auch die Parlamente, die politischen Parteien, die Wissenschaftler, die Geschäftswelt und die Zivilgesellschaft insgesamt teilnehmen – ein Satz, den man gern unterschreibt, den sich aber auch die russische Seite selbst zu Herzen nehmen sollte.

## Der Fall Ukraine

Besonders wendet sich Lavrov gegen das westliche Verhalten in der Ukraine, in dem sich für ihn Rudimente einer vergangenen Philosophie gezeigt haben. Der Westen habe schon vor den Präsidentschaftswahlen dort klargemacht, daß er den Sieg des ihm nicht genehmen Kandidaten nicht anerkennen werde. Und als dieser Kandidat dann tatsächlich gewählt worden sei, habe der Westen die Abstimmung flugs für ungültig erklärt und die Opposition zu Widerstand ermuntert, selbst als diese Straßenunruhen provoziert und die Ergreifung der Macht mittels Gewalt erwogen hätte. Besonders erbittert ihn, daß während dieser Zeit aus Europa die Meinung zu hören gewesen sei, daß »die Ukraine mit dem Westen sein

müsse«. Ein derartiges Verhalten habe nicht nur die ernstesten Folgen für die Situation in Europa, sondern beschädige auch unmittelbar die demokratischen Werte. Demokratie könne nicht von außen aufgezwungen werden. Versuche, ein Regime mittels Gewalt abzulösen, führten nur zur Destabilisierung der Lage. Die demokratischen Institutionen müßten sich aus eigenem nationalem Antrieb bilden. Sache der internationalen Gemeinschaft – und dieser Satz gibt in bemerkenswerter Weise Aufschluß über das, was laut Lavrov zulässig ist – sei es lediglich, die Schaffung günstiger Bedingungen für diesen Prozeß zu unterstützen, und zwar unter Achtung der bestehenden Traditionen und des jeweils zur Förderung der Demokratie eingeschlagenen Weges. Der diplomatischen Rhetorik entkleidet, heißt all dies nichts anderes, als daß allein der Kreml bestimmen will, was in Rußland unter Demokratie zu verstehen ist. Es gibt – schon Nikonovs Artikel ließ dies erkennen – eben doch und entgegen dem, was Präsident Putin in Bratislava gesagt hat, eine Demokratie *à la russe*.

Die liberalen Stimmen in der Moskauer politischen Landschaft sehen naturgemäß vieles anders als der russische Außenminister. Das gilt insbesondere für die Artikel in den kritisch eingestellten Zeitungen und vor allem den Internetjournalen, wo die Meinungen häufig offener und zugespitzter geäußert werden als in den wissenschaftlichen Zeitschriften. So führt etwa **Fedor Lukjanov**, Chefredakteur von *Rossija v global'noj politike*, in der Internetzeitung *gazeta.ru* vom 2. Dezember 2004 (»Die europäische Renaissance der Ukraine«) ganz im Gegensatz zu Lavrov aus, es sei der Kreml gewesen, der sich, indem er so umfassend und aggressiv auf Janukovič gesetzt habe, als absolut unwillig gezeigt habe, bei den Präsidentenwahlen in der Ukraine einen anderen Ausgang zu akzeptieren als den Sieg seines Kandidaten. Dabei hätten sich die Versuche Moskaus, die Initiative durch Warnungen vor einer Katastrophe und Liebelugeln mit dem Separatismus der Regionen wiederzugewinnen, als kontraproduktiv

erwiesen mit dem Ergebnis, daß man den Einfluß Moskaus in der Ukraine nun bald vergessen könne. Allerdings konstatiert Lukjanov auch einen Widerspruch im Verhalten der Europäer: Brüssel habe immer darauf bestanden, bei der europäischen Integration gehe es nicht um Expansion im klassischen Sinne, sondern um die friedliche und freiwillige Ausdehnung der Sphäre des Rechts, der Demokratie und des Wohlstands. Nun vernehme man aus Brüssel und vor allem in den deutschen Massenmedien eine Rhetorik, die geopolitische Denkweisen durchscheinen lasse.

**Semen Novoprudskij**, stellvertretender Chefredakteur der Zeitung *Vremja novostej*, meint in demselben Internetorgan vom 3. Dezember 2004 (»Die Provinz des Bösen«), Rußland habe die Ukraine verloren, weil es sich nicht selbst gefunden habe und weil die große Mehrheit der Russen – »vom Präsidenten des Landes bis zum letzten Säufers-Installateur« – immer noch aufrichtig glaube, Rußland sei ein großes »Imperium des Guten«. Infolge dieses Irrtums verändele sich Rußland unausweichlich in eine vernachlässigenswerte »Provinz des Bösen«, obwohl es doch ein gewöhnliches großes Land sein könne, etwa wie Kanada. In Rußland gebe es zwar keinen sowjetischen Staat mehr, wohl aber noch das sowjetische Machtgefüge: Das Volk werde als Arbeitsvieh betrachtet und störe im übrigen nur; die Macht dagegen werde als Eigentum angesehen. Hinzu komme das russische imperiale Syndrom, mit dem Ergebnis, daß die russischen Bürokraten den Westen ernsthaft der »Inszenierung eines ukrainischen Aufstandes« beschuldigten, »als ob es nicht der Kreml gewesen wäre, der 900 oder wieviel auch immer Millionen Dollar für den Wahlkampf des unverhohlenen Banditen Viktor Janukovič aufgewandt hat, in der völlig unbegründeten Hoffnung, daß dieser Mensch die Ukraine zum Vasallen Rußlands machen werde«.

In der Ukraine hätten nicht die verdeckt arbeitenden internationalen Polittechnologen über ihre vom Kreml beauftragten Gegenspieler gesiegt. Vielmehr bilde sich dort,

wie vorher schon in Georgien, Serbien und Polen, ein neues Machtsystem heraus, das nicht mehr direkt aus der sowjetischen Wirklichkeit stamme. In Rußland dagegen rufe das offen schizophrene Verhalten der Führung gegenüber der Ukraine ein Gefühl bitterer Trauer, aber auch klammheimliche Freude hervor: Trauer, weil wir, so der Autor, nicht davor zurückschrecken, an der Teilung der Ukraine mitzuwirken, und zu diesem Zweck einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen aufhetzen; Freude, weil man Zeuge der Agonie des russischen Imperialismus werde. Diese Agonie, so Novoprudskij zum Schluß seines Artikels, könne zwar lange dauern. Doch die Imperien kehren niemals wieder. Auch das amerikanische Imperium werde zu gegebener Zeit zerfallen. Aber was, fragt sich der Autor, wird aus Moskau? Einstweilen sei es die Hauptstadt eines Staates, der sich wie ein boshafter infantiler Zwerg aufführt, der sein Lieblingsspielzeug verloren hat und sich nun an der Umwelt für den eingebildeten Diebstahl rächen will.

**Lilija Ševcova** vom Moskauer Carnegie Centre pflegt wie immer einen mehr analytischen Ansatz und bezeichnet die Vorgänge in der Ukraine in der zweiten Dezemberausgabe der *Novaja gazeta* als eine Revolution »neuen Typs« (»Die ukrainische Prüfung. Werden Putin und das von ihm geschaffene Regime sie bestehen?«). Die vorausgegangenen Umwälzungen – in Spanien, Portugal, Griechenland, Ost- und Mitteleuropa sowie in Rußland 1991 – seien sämtlich Revolutionen gegen den Totalitarismus gewesen. Die Ereignisse in der Ukraine dagegen seien ein Aufstand gegen die Imitation von Demokratie, die, so die beharrlich vorgetragene These der Autorin, sowohl in Rußland als auch in der Ukraine zu diagnostizieren sei. Die Bevölkerung wende sich gegen das bürokratisch-autoritäre Regime und den Kapitalismus der Klans, gegen den Pakt der sowjetischen Apparatschiks von gestern mit den Kapitalisten von heute. Der Machtwechsel in Georgien habe erstmals demonstriert, daß derartige Regime nicht beständig seien; die

Ereignisse in der Ukraine nun sprächen sogar dafür, »daß wir es mit einer Tendenz zu tun haben«. Sie seien zu einem Faktor der russischen Politik geworden. Dabei sei es Putin gewesen, der es den Nationalisten, den Liberalen und den Sozialisten in der Ukraine ermöglicht habe, sich gegen die »Macht« und gegen Moskau zu vereinigen.

Der Kreml hätte sich die Blamage in der Ukraine sparen können, wenn er auf die Expertise zurückgegriffen hätte, die in Sachen Ukraine im Lande reichlich vorhanden ist. Hinzuweisen ist hier etwa auf einen vor den Präsidentenwahlen geschriebenen Artikel von **Arkadij Mošes**, Mitarbeiter des Moskauer Europa-Instituts, in der fünften Ausgabe von *Rossija v global'noj politike* (»Die Ukraine nach Kučma«). Zu Recht weist Mošes darauf hin, daß das gegenwärtige politische System der Ukraine in Rußland Terra incognita sei. Es herrschten zahlreiche Mythen, die fast alle einer näheren Überprüfung nicht standhielten. So gebe es entgegen der verbreiteten Vorstellung eben keine unüberbrückbaren Gegensätze zwischen der West- und der Ostukraine, zerfalle die ukrainische Elite keineswegs in einen prorussischen und einen prowestlichen Flügel. Auch deswegen würden sich die Beziehungen zwischen Rußland und der Ukraine nicht, wie man im Kreml glaube, rapide verschlechtern, wenn die antirussische Gruppe an die Macht komme.

In der Ukraine habe sich, so Mošes, eine neue Kultur des politischen Kompromisses herausgebildet, die einzigartig für den post-sowjetischen Raum sei. Sie erfasse sowohl die Innen- wie die Außenpolitik des Landes. Der Autor sieht im Entscheidungsprozeß der Ukraine einen Polyzentrismus am Werke, der für Stabilität und die Kontrollierbarkeit des Staates gesorgt und die Beteiligung breiter Schichten der Elite am politischen Prozeß ermöglicht habe. Schließlich seien auf diese Weise günstige Bedingungen für die Interaktion der Ukraine mit ihren Partnern im internationalen Umfeld geschaffen worden. Jeder Präsident des Landes werde diese Mechanismen beibehalten bzw. wie-

der in Kraft setzen und an die neuen Bedingungen anpassen. Wenn Rußland eine für beide Seiten vorteilhafte Politik gegenüber der Ukraine verfolgen wolle, müsse es diese Gegebenheiten verstehen und berücksichtigen. Und wenn Moskau Einfluß auf die Ukraine nehmen wolle, müsse es die dortigen Realitäten respektieren. Der Kreml müsse immer daran denken, daß die Ukraine nicht nur ein strategisch wichtiges Land sei, sondern auch eine Rußland wohlgesinnte Nation. Die ukrainische Bevölkerung und die Führung des Landes würden von dieser Haltung nur abgehen, wenn Rußland sie dazu provoziere.

**Jaroslav Grycak**, Direktor des historischen Instituts der Universität Lviv, bringt es in der letzten Nummer von *Neprikosnovennyj zapas* auf den Punkt: Die Ukrainer hätten sich nach Würde gesehnt. Ihnen sei es äußerst wichtig gewesen, daß ihnen jemand sage, daß sie Menschen seien und nicht »Arbeitsvieh, Gastarbeiter, Bevölkerung« und ähnliches. Dieses Gefühl der eigenen Würde habe sich infolge der Öffnung der Ukraine in den letzten 15 Jahren entwickelt: Die Menschen hätten zum ersten Mal die eigene Lage mit derjenigen anderer vergleichen können. Dies habe sie daran zweifeln lassen, daß ihre alte gesellschaftliche Struktur unabänderlich weiterbestehen müsse, und ihnen den Glauben an die Möglichkeit und Notwendigkeit kardinaler Veränderungen eingegeben.

Diejenigen hätten Recht gehabt, die immer der Meinung gewesen seien, die Ukraine werde sich genau so entwickeln, wie ihre westlichen und südlichen Nachbarn, nur brauche das Land mehr Zeit. Die entscheidende Frage sei jetzt, ob man diese Auffassung auch auf die nördlichen und östlichen Nachbarn der Ukraine ausdehnen könne, also vor allem auf Rußland. Der Autor zitiert Gleb Pavlovskij, einen der Spin-Doktoren des Kreml, mit seiner Äußerung, der Kreml habe die Revolution zum Glück nicht auf russischem Territorium verloren, doch »Kiev sei zur ernststen Warnung für Rußland geworden«. Dies sei einer der seltenen Fälle, schreibt Grycak zum

Schluß, in denen man dem Moskauer Politologen glauben könne.

## Oberklasse im Ghetto

In der Tat stellt sich immer mehr die Frage, ob es auch in Rußland zu einer Entwicklung kommen könnte, in deren Verlauf die Menschen sich auf ihre Würde besinnen und sich von der Bevormundung der gelenkten Demokratie und der Ausbeutung durch den bürokratischen Autoritarismus befreien. Diese Frage klingt heute längst nicht mehr so utopisch wie noch vor kurzem. Die Hindernisse, die einer solchen Entwicklung im Wege stehen, sind bekannt. In erster Linie ist es der menschliche Faktor, der einem wirklichen »Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit« im Wege steht: Die »Elite« will nichts ändern, die Bevölkerung, die »Masse«, kann – noch – nichts wollen.

Einen Ausschnitt aus dem Elitenproblem, unter dem Rußland leidet, beleuchten die beiden namhaften Journalisten **Svetlana Babaeva** und **Georgij Bovt**, in der dritten Nummer der englischsprachigen Ausgabe von *Rossija v global'noj politike*. Alle stimmten darin überein, daß es für Rußland Zeit sei, einen Durchbruch in die Zukunft zu wagen. Doch gebe es ein Paradox: Nach all den Perestrojkas, Reformen, Wahlen und wiederholten Wahlen sowie nach den, jedenfalls theoretisch, 15 Jahren post-totalitärer Entwicklung stelle sich eine wesentliche Frage: Mit wem soll Rußland diesen Durchbruch denn schaffen?

Die Autoren zitieren aus der Rede, die Präsident Putin zu Beginn seiner zweiten Amtszeit im Frühjahr 2004 gehalten hat. Sie heben besonders jene Ausführungen des Präsidenten hervor, in denen dieser die »reife Zivilgesellschaft« als beste Garantie für fortgesetzten Wandel bezeichnet und den inzwischen berühmten Satz hinzugefügt hat: »Nur freie Menschen, die in einem freien Land leben, sind imstande, wirkliche Erfolge zu erzielen«. Die Autoren setzen dem »die bittere Wahrheit« ent-



gegen, daß sich, wie schon Peter der Große habe erfahren müssen, unter der russischen Sonne nichts wandle. Der russischen Elite fehle völlig das Verständnis dafür, was gut und was schlecht ist. Die neue Oberklasse, die es in den Reformjahren zu etwas gebracht habe, richte sich nicht nach Prinzipien und ethischen Normen. Ihre Angehörigen täten vielmehr, was ihnen gefalle. Und das sei in der Regel sozial unverträglich.

Die Nutznießer des neuen Regimes seien, so die Autoren, Parvenüs und nicht bereit, ihre soziale Aufgabe zu erfüllen. Dabei würden sie den Eindruck erwecken, daß sie echte Zuneigung für ihr Vaterland empfänden. Je erfolgreicher ein Parvenü, so Babaeva und Bovt, desto mehr fühle er sich berufen, das Vaterland zu verteidigen und sich patriotisch zu geben. Aber, so fragen die Autoren, was mache denn den Patriotismus der Parvenüs aus? Ziehe man die üblichen Philippikas gegen die amerikanische Hegemonie ab, so bleibe nichts übrig. Nach ihren vaterlandstreuen Bekenntnissen stiegen sie wieder in ihre BMWs, Audis oder Mercedesse und entschwänden mit ihrem Blaulicht in ihre Regierungs- oder Privatsdatschas, vorbei an der Menge der plebejischen Autofahrer, die von der Verkehrspolizei angehalten werden. Zurück auf ihren Datschas, beschäftigten sie sich wieder mit ihrem Patriotismus. Jenseits ihrer Zäune aber häufe sich lang vergessener Unrat, schütteten sich Teenager an schäbigen Kiosken mit Bier zu und verkauften sich junge Mädchen. Die Autoren fragen, ob dieses Land nicht ein ganz anderes sei als das, welches in der vaterländischen Rhetorik beschworen werde, und fügen hinzu, daß beide Länder denselben Präsidenten hätten.

Die Elite, so die Autoren weiter, konsolidiere sich, indem sie ein »Ghetto für die Oberklasse« einrichte, entweder im Ausland, insbesondere im Westen, wo sich zahlreiche Angehörige dieser Klasse mit samt ihren Familien niedergelassen hätten, obwohl sie ihr Geld in Rußland verdienen, oder aber in Rußland selbst, in abgeschirmten Anwesen, die ihren Eigentümern ein

gänzlich anderes Leben ermöglichen als den Angehörigen der breiten Masse, die in ihrer Armut nur mit Ekel betrachtet werden. Alle diese Leute verdienten ihr Geld hier, aber sie täten alles, um sich soweit wie möglich von der gesellschaftlichen Realität Rußlands abzuschotten.

Die Elite konsolidiere sich also, habe aber keinen Funken Vertrauen in das eigene Land. Der Präsident glaube weder den regionalen Gouverneuren noch deren Entourage; die Gouverneure ihrerseits trauten Moskau nicht; die Geschäftsleute hätten kein Vertrauen in die Regierung, die ihrerseits mit entsprechendem Mißtrauen antwortete, und alle zusammen hätten kein Vertrauen in das Land, in dem sie leben und arbeiten. Millionen von angeekelten Parvenüs, die über nahezu unbegrenzte Ressourcen verfügen, verschanzten sich hinter ihrem Wohlstand und separierten sich von der schmutzigen Außenwelt. Vor diesem Hintergrund sei es zu verstehen, daß Putin in ihnen nicht dankbare Helfer für den Erfolg seiner Reformen finde. Gerade die Angehörigen der neuen Oberklasse, die das größte Interesse an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen haben müßten, gäben für diese keinen Pfifferling. Sie sähen jedes Reformprojekt nur als Gelegenheit an, sich zu bereichern. Dabei brauche die Bevölkerung dringend so vieles: eine anständige Gesundheitsvorsorge, Bildung, zuverlässige Streitkräfte, ein vernünftiges Steuersystem, ein humaneres Strafrechtssystem, mehr Sicherheit für die Kinder und ähnliches mehr. Doch von den Eliten in ihren Ghettos sei nichts zu erwarten.

Was die Autoren damit beklagen, ist das nahezu völlige Fehlen von Zivilität als einer unabdingbaren Voraussetzung für das Entstehen einer Bürgergesellschaft bei denen, die vor allem mitziehen müssen, wenn die Verhältnisse sich wirklich ändern sollen. Die Neigung zur Subordination, die man inzwischen in Rußland feststellen müsse, sei ein wesentliches Hindernis für die Herausbildung einer solchen Gesellschaft.

## Rettender Geheimdienst

Viele Analytiker und immer mehr Bürger im Lande führen die Mißerfolge der russischen Innen- und Außenpolitik auf das Regime der *siloviki* zurück, auf die vielen Angehörigen der Sicherheitsdienste, insbesondere des KGB bzw. des FSB, die sich – die Politologin Olga Kryštanovskaja hat dies erst kürzlich in einem Buch (»Anatomie der russischen Elite«) dargestellt – in leitenden Stellen der Regierung und des Apparates befinden und die deshalb zunehmend skeptisch und kritisch beäugt werden, auch wenn dies kaum öffentlich artikuliert wird. Einer der wenigen Artikel zu diesem Problem ist am 29. Dezember 2004 in der *Komsomol'skaja Pravda* erschienen (»Eine KGB-Mode? Inoffizielle Überlegungen über eine Profession«). Er stammt aus der Feder von **Viktor Čerkesov**, Generaloberst und gegenwärtig Leiter der Föderalen Antidrogen-Behörde. Čerkesov kommt selbst aus dem KGB, in dem er von 1975 bis 2000 tätig war, zuletzt als Erster Stellvertreter des Direktors. In Leningrad hatte er in den siebziger Jahren einen Ruf als Dissidentenjäger; er soll ein enger Freund Putins sein, dessen Bevollmächtigter für den Nord-Westlichen Föderalen Bezirk er von 2000 bis 2003 war. Es gibt Gerüchte, wonach er dazu ausersehen ist, der nächste Direktor des FSB zu werden. Vor diesem Hintergrund spricht einiges für die Annahme, daß der Artikel Čerkesovs mit Präsident Putin abgestimmt ist, was ihm ein zusätzliches Gewicht gäbe.

Čerkesovs Beitrag kann als eine Art »Tschekestisches Manifest« angesehen werden. Der Autor sieht Rußland bedroht. Das kriminelle Element liege drückend auf allen sozialen Schichten und Gruppierungen und versuche allem und jedem sein Gesetz aufzuzwingen, seine Positionen und seine Subkultur. Diesem Druck zu widerstehen sei unbedingt erforderlich. Träger dieses Widerstandes könne, so läßt Čerkesov erkennen, letztlich nur der Geheimdienst sein. Das Wesen der »tschekestischen Profession« bestehe gerade darin, Krisensituationen vorherzusehen und sie abzuwenden.

Diese Aufgabe nun sei sehr viel schwieriger geworden angesichts der gegenwärtigen »Kampagne« gegen den Tschekismus. Čerkesov erläutert nicht, wer diesen »psychologischen Krieg« gegen die Tschekestisten führe. Er beschreibt nur dessen Ziele; diese seien politischer, geopolitischer und strategischer Art. Letzten Endes handele es sich dabei um einen Anschlag auf den territorialen Bestand Rußlands und dessen nationale Unabhängigkeit. Wenn dieser Anschlag erfolgreich sei, erwarte Rußland das Schicksal vieler afrikanischer Völker – die völlige Vernichtung, das Versinken im Chaos und der allseitige Genozid. Jeder, der aufmerksam die russische und ausländische (sic!) Presse lese, begreife dies: Die Gefahr sei real. Dem müßten sich, so die Botschaft des Autors, die Tschekestisten entgegenstemmen.

Er selbst spreche sich nicht von Verantwortung für Fehler frei. Doch indem er sie anerkenne, bleibe er dem Wesentlichen treu – seiner tschekestischen Aufgabe. Von seiner Zugehörigkeit zu den Tschekestisten habe er auch auf dem Höhepunkt der geheimdienstfeindlichen Stimmung Anfang der neunziger Jahre nicht abgelassen; von ihr sage er sich auch jetzt nicht los. Mehr noch: Gerade das gegenwärtige Anwachsen der antitschekestischen Kampagne verlange von ihm, daß er sich kategorisch zu seiner Position bekenne. Wie auch immer die Institution heiße, die er jetzt leite, wie auch immer sein Titel und seine Stellung gewesen sei, er sei immer Tschekest gewesen und bleibe dies – eine Äußerung, die ähnlich auch von Präsident Putin überliefert ist. Und auch die vielen, die sich gegenwärtig auf unterschiedlichen Ebenen der Legislative und der Exekutive mit der Verwaltung des Staats befaßten, seien und bleiben Tschekestisten. Ihre Lage sei schwierig und werde noch viel schwieriger. Doch er sei überzeugt, daß sie ihrer Vergangenheit treu blieben. »Ehemalige Tschekestisten gibt es nicht«, so ist der entsprechende Absatz von Čerkesovs Artikel überschrieben.

Dies sei kein »Kastengeist«. Wichtig sei nur, daß sich die Tschekestistengemeinschaft mit ihrer Professionalität, ihrem Standes-

bewußtsein und ihrer Intellektualität nicht in sich verschließe und in eine Arroganz ver falle, wie sie der kommunistischen Nomenklatura eigen gewesen sei. Diese arrogante und hilflose Kaste habe sich seinerzeit an die Macht geklammert, aber nicht verstanden, sie auszuüben; sie habe sich von jeder Verantwortlichkeit losgesagt und das Gefühl für die Realität verloren. Auf diese Weise habe sie den Staat, die Gesellschaft, die eigene Ideologie sowie deren historische Bedeutung mit ins Grab gerissen.

Heute falle den Tschekisten die Verantwortung für den Zusammenhalt des Staates zu. Keiner von ihnen habe nach dieser Rolle gestrebt, doch die Geschichte habe ihnen diese Bürde auferlegt, und es gebe auch keine reale gesellschaftliche Alternative dazu. Čerkesovs Schlußsatz: »Ich glaube an unsere Gemeinschaft, an unseren Stand als Stütze des Staates. Ich glaube an unsere Fähigkeit, angesichts der Gefahr alles Kleinliche und Nichtige beiseite zu lassen und den Eid nicht zu verraten«.

## Perspektiven

Das zweite Halbjahr 2004 hat die Wahrnehmung des Systems Putin im Westen wie in Rußland selbst verändert – ob nachhaltig, ist vorerst die Frage. Ursache für den Wandel der Wahrnehmung im Westen sind die fortgesetzte, als Reaktion auf das Verbrechen von Beslan deklarierte Rezentralisierung und Entdemokratisierung Rußlands sowie die Unterstützung des Kremls für den ukrainischen Wahlfälscher Janukovič. Der Präsident zeigt sich damit keineswegs als Vollstrecker der von ihm immer wieder berufenen »Diktatur des Gesetzes«, sondern entpuppt sich im Gegenteil als Urheber von Regelungen, die – so meinen viele Experten – gegen die russische Verfassung verstoßen. Die Hilfe für Janukovič paßt für viele nicht ins bisherige Bild von Putin als Garant korrekten Verhaltens auch auf der internationalen Bühne. In Rußland selbst ist das Renommee Putins vor allem durch den Ende des Jahres begonnenen Protest gegen die

Sozialreformen der Regierung beschädigt worden, dem sich inzwischen weitere Gruppierungen angeschlossen haben. Hinzu kommt eine ganze Reihe von innen- und außenpolitischen Mißerfolgen. All dies zeigt dem staunenden Publikum, daß der Zar zwar nicht gerade nackt ist, aber unterdessen doch in ziemlich dürftiger Kleidung herumläuft. Wie es **Georgij Zatarov**, Präsident der Stiftung INDEM, in der *Novaja gazeta* in einer Kritik der Putinschen Machtvertikale ausgedrückt hat: Das Rating des Präsidenten ist nur Ausdruck der allein auf ihn gerichteten Hoffnungen der Menschen auf Ordnung, Stabilität und Wohlstand. Wenn diese Hoffnungen, wie gegenwärtig schwinden, fällt auch die Zustimmung zu Vladimir Putin.

Der »Macht«, ohnehin verunsichert wegen der möglichen Folgewirkungen der »orangenen Revolution«, gefällt all dies nicht, genausowenig wie die westliche Kritik an der Haltung des Kreml, die dort, wie **Fjodor Lukjanov**, Chefredakteur von *Rossija v global'noj politike*, in der fünften Nummer der Zeitschrift schreibt (»Alles für den Krieg?«), zu nervösen Reaktionen geführt habe. Erneut werde – der Artikel von Sergej Lavrov zeigt es in der Tat – das alte sowjetische Lied gesungen: »Das Land ist von Feinden eingekreist, die uns nicht verstehen können oder nicht verstehen wollen. Darüber hinaus freuen sie sich über unser Unglück; und es kann sein, daß sie es sind, die die Terroristen lenken.« All dies sei, so Lukjanov, Ausdruck einer unterschiedlichen Wahrnehmung der globalen Entwicklungen, und dieser Unterschied zwischen Moskau und dem Westen sei deprimierend.

Jedenfalls hat eine gewisse Unruhe die russische Gesellschaft erfaßt. Die bleierne Apathie, so scheint es, beginnt zu weichen und mit ihr das Gefühl der Ohnmacht, das in letzter Zeit viele bedrückt hat. Ist es der aus der Ukraine herüberwehende Hauch der Freiheit, der belebend wirkt? Warum soll in Rußland nicht möglich sein, was in der Ukraine durchgesetzt werden konnte? So fragen sich gerade diejenigen, die immer mehr das Gefühl haben, daß der bürokrati-

sche Autoritarismus des Regimes Putin ihren Bedürfnissen nicht Rechnung trägt. Der Begriff »Demokratie« scheint für manche seine bisher überwiegend negativen Konnotationen zu verlieren. Ob diese Unruhe in eine konkrete Entwicklung mündet, bleibt abzuwarten. Eine Stimmung des Aufbruchs ist in Rußland noch lange nicht zu verzeichnen. Unzufriedenheit mit Putin, so es sie denn gibt, mag im übrigen für viele andere nur der Anlaß sein, nach einem wirklich starken Mann zu rufen. Rußland ist eben nicht die Ukraine. Überdies ist das dortige Experiment noch lange nicht gelungen. Gründe für sein potientes Fehlschlagen gibt es genug, unter ihnen das profunde russische Desinteresse an seinem Erfolg.

Außerdem gibt es immer noch die »Macht«; und sie ist tiefgehenden Änderungen nicht geneigt. Es ist eher zu bezweifeln, ob mit der Putinschen Strategie, wie sie Nikonov darstellt und in höchsten Tönen lobt, die Probleme des Landes gelöst werden können. Und bei aller Anerkennung der Notwendigkeit eines effizienten Staatsschutzes auch für Rußland wie auch der intellektuellen Qualitäten vieler Angehöriger der »Spezialdienste« ist doch eher fraglich, ob gerade und allein die Tschekisten das Land voranbringen und es vor Gefahren retten können, die – bis auf die fortschreitende Kriminalisierung, die Čerkesov zu Recht geißelt, und bis auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Verelendung des Nordkaukasus, die der Autor aber gerade nicht anführt – eher in der Vorstellung des Autors existieren als in der Realität. Etwas anderes gilt nur, wenn man die Demokratisierung Rußlands als Bedrohung ansieht. In diesem Falle allerdings verhielte Čerkesovs Artikel nichts Gutes.

## Besprochene Aufsätze

- Babaeva, Svetlana/Bovt, Georgij**, It Is too Early to Relax, Russia, in: Russia in Global Affairs, (Juli–September 2004) 3, S. 72–88
- Grycak, Jaroslav**, Re: Birth of Ukraine, in: Neprikosnovennyj zapas, 38 (2004) 6, S. 73–77
- Lavrov, Sergej**, Demokratija, meždunarodnoe upravlenie i buduščee miroustrojstvo [Demokratie, internationale Beziehungen und die Zukunft der Weltordnung], in: Rossija v global'noj politike, (November–Dezember 2004) 6, S. 8–17
- Lukjanov, Fedor**, Vse dlja pobedy? [Alles für den Sieg?], in: Rossija v global'noj politike, (September–Oktober 2004) 5, S. 5–8
- ders.**, Evropejskij renesans Ukrainy [Die europäische Renaissance der Ukraine], in: gazeta.ru, 2.12.2004
- Mošes, Arkadij**, Ukraina posle Kučmy [Die Ukraine nach Kučma], in: Rossija v global'noj politike, (September–Oktober 2004) 5, S. 188–200
- Nikonov, Vjačeslav**, Strategija Putina [Die Strategie Putins], in: Rossijskaja gazeta, 22.12.2004
- Novoprudskij, Semen**, Provincija zla [Die Provinz des Bösen], in: gazeta.ru, 3.12.2004
- Čerkesov, Viktor**, Moda na KGB? Nevedomstvennye razmyšlenija o professii [Eine KGB-Mode? Inoffizielle Überlegungen über eine Profession], in: Komso-mol'skaja Pravda, 29.12.2004
- Ševcova, Lilija**, Ispytanie Ukrainoj. Vyderžit li ego Putin i sozdannyj im režim? [Die ukrainische Prüfung. Werden Putin und das von ihm geschaffene Regime sie bestehen?], in: Novaja gazeta, 6.12.2004
- Zatarov, Georgij**, Vorueš? Goden! [Du stiehlst? Paßt!], in: Novaja gazeta, 14.–17.10.2004, S. 2–3

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380